

anderer Völker gedeihen könne. Hier klaffen leider noch unüberbrückte Widersprüche zwischen den Ultra-rechten und der christlichen Mitte!

Man muß auch dem Irrtum entgegengetreten, als ob der unchristliche Geist unserer Zeit mit dem demokratischen Regierungssystem innerlich zusammenhänge. Die Demokratie gibt gewiß dem Unglauben größere Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit, aber sie gibt sie auch der Religion, und wenn alle, die sich Christen nennen, wirklich Christen wären, bis in ihr privates Leben, bis in die letzten politischen Entscheidungen hinein, dann würde gerade durch die Demokratie christliche Sitten die herrlichsten Triumphe feiern! Aber unser gesamtes deutsches „Christentum“ ist ja bis zu einem sehr, sehr hohen Prozentsatz nur Halbheit von innen heraus, nur Parabelreligion, während im Drillisch des Alltags der Mammongeist des Egoismus die Mehrzahl spießhaisbeherricht. Daß dann solche „christliche“ Wählermassen zum allergrößten Teile nicht nach weltanschaulichen, moralischen Gesichtspunkten ihre Wahlstimme abgeben, sondern vom selbstsüchtigen Interessenstandpunkte aus, wenn will das wundernehmen? Die politische Vertretung unseres Volkes wird, christlich gesehen, so sein, wie es dem spezifischen Werte des noch vorhandenen Volkschristentums entspricht. Darnach beurteilt, kann einem freilich die Zukunft dieses Volkes nur leid tun!

Was sollte diese Absehwägung? Christliches Verantwortlichkeitsgefühl fordert gebieterisch von jedem ethischen Politiker den Blick aufs Ganze, die moralische Bewertung jeglichen, auch politischen, Tuns. Und aus diesem Grunde vermögen wir aus vielen Reden heraus, nach der Art des ganzen Kampfs und Sachsystems der Rechtsradikalen, nicht zuletzt auch infolge der vom Parteiegoismus diktierten Forderung nach „bequemen“ Reichsministerien, nicht zu glauben, daß der Rationalsozialismus wirklich der „Retter Deutschlands“ sein kann und sein wird!

## Der sozialdemokratische Beschluß

Verschiedene Auslegungen.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat aus begrifflichen Gründen größte Beachtung gefunden. Die gesamte Presse nimmt nicht nur von ihm Notiz, sondern sucht ihn auch auszulegen. Dabei fällt auf, daß die Interpretation sehr verschieden ausfällt. Die Blätter der gemäßigten Mitte sehen trotz des agitatorischen Beiwerks, das auf die Massen berechnet, in die Entscheidung hineingearbeitet ist, in dem Beschluß die Ankündigung einer „Politik der offenen Tür“. So brückt sich beispielsweise die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus. Dieses rechtsgerichtete Organ findet es interessant, daß der Beschluß auf alle typisch marxistische Kraftmeierei und Phrasologie verzichtet und daß er keine ernsthaften Einwendungen gegen das Programm der Regierung vorbringe. Der Berliner Börsen-Courier überschreibt seine Ausführungen mit „Sozialdemokratische Gesinnung“. Denn der Beschluß bemühe sich, Möglichkeiten positiver Mitarbeit wenigstens nicht kurzweg auszuschließen. Aber nicht nur die Einsicht in das Staats- und Wirtschaftsnotwendige, sondern vor allem der Wille, von dieser Einsicht Gebrauch zu machen, mühte sich noch erheblich verstärkt, wenn Aussicht auf praktische Ergebnisse vorhanden sein sollte. Die „Vossische Zeitung“ stellt fest, daß der parlamentarische Weg wenn auch keineswegs so glatt, doch nicht versperrt und verrammelt sei. Die Sozialdemokratie habe am 14. September Mandate verloren, aber an staatspolitischer Haltung anscheinend gewonnen.

Nur zwei Rechtsblätter fallen über den Beschluß der Sozialdemokraten her und bezeichnen ihn als Drohungen. Das sind die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Berliner Börsen-Zeitung“, deren Bemühungen ja grundsätzlich auf Ausschaltung der Sozialdemokratie hinstreben. Deshalb suchen sie wohl auch das Angreifbare in erster Linie und stellen es in den Vordergrund. Die „Deutsche Tageszeitung“ liest eine Abgabe, und zwar eine entschiedene Abgabe an die Regierung Brünning heraus, die noch dazu verbunden sei mit einer Drohung mit der proletarischen Faust. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ legt den sozialdemokratischen Beschluß dahin aus, daß die Sozialdemokraten in schärfster nicht allein auf das Parlament beschränkter Opposition überzugehen entschlossen seien.

Das für die Interpretation maßgebliche Organ, der sozialdemokratische „Vorwärts“, geht nicht gerade übermäßig aus sich heraus; er unterstreicht rein sachlich die im Programm enthaltenen agitatorischen Gesichtspunkte und beschränkt sich darauf, noch einmal die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie als ausschlaggebendes Ziel der sozialdemokratischen Partei zu proklamieren. Gerade aber aus der Proklamierung dieses Zieles heraus mühte man nach unserer Meinung den Beschluß zu ziehen berechtigt sein, daß die Sozialdemokratie keine parteipolitischen Extraktanten tanzen kann, wenn sie dieses Ziel nicht selbst wieder aufheben will. Politisch wertvoll ist der letzte Absatz der Ausführungen des „Vorwärts“. Die Sozialdemokratie wolle den Aufstieg aus der Krise anbahnen. Ihre Taktik sei nicht die der Katastrophe noch der Abenteurer und nicht der politischen Selbstauschaltung. Nach diesen Worten mühte man annehmen, daß die Auslegungen der beiden Rechtsblätter irrig sind.

• „Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist von seiner Landungsfahrt nach Leipzig und Göttingen am Montag früh 4 Uhr über Friedrichshafen zurückgekehrt. Die Landung erfolgte um 7,03 Uhr glatt und ohne jeden Zwischenfall auf dem Wertiglande. Nach Schilderungen der Fahrteilnehmer hatte das Luftschiff auf seiner Rückfahrt von Göttingen über Hof und Nürnberg nach Friedrichshafen einen äußerst schweren Sturm zu bestehen. Trotz heftigster Gegenwinde und Gegenböen fuhr das Luftschiff jedoch sicher und ruhig.

• Schadenfeuer im Freilichttheater. Bei einem gellern aus unbekannter Ursache ausgebrochenen Brande im Freilichttheater auf dem Wartberg in Hochheim wurde die 3000 Personen fassende Zuschauertribüne mit den Garderobe- und Wirtschaftsräumen vollständig eingeschert. Der Schaden wird auf etwa 100 000 RM. geschätzt.

# Groß-Prozess verlagert

Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche sollen gehört werden

Berlin, 6. Oktober

Großer Anhang namentlich jugendlicher Mal- und Kunstbegeisteter zum Schwurgerichtssaal, in dem heute endgültig die Gotteslästerungsanfrage gegen den Maler George Grosz und seinen Verleger Herzfeld erledigt werden soll. Am 10. Dezember 1928 hat das Schwurgericht Charlottenburg die Angeklagten aus dem Gotteslästerungsparagrafen anstelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von je zwei Monaten zu je 2000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Verurteilung zugrunde lag das Bild Nr. 10 aus der vom Verleger Herzfeld verlegten Grosz'schen Mappe „Hintergrund“. In diesem Bild ist der gekreuzigte Christus dargestellt, Kommissariats an den durchbohrten Füßen, eine Gasmaske vor dem Antlitz, ein erhabenes Kreuz in der linken Hand. Das Bild trägt die Unterschrift „Maulhalten und weiterbleiben“.

In der Verurteilung unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert erzielten die Angeklagten einen außererwartenden Freispruch. Das Reichsgericht aber hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin das freisprechende Urteil auf, weil es den Freispruch als im Widerspruch mit der Urteilsbegründung stehend ansieht. Die nochmalige Verhandlung findet wieder unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siegert statt.

Nach Verlesung des Urteils erster Instanz betont der Angeklagte Grosz, daß er den ihm im Urteil unterstellten Vorwurf, das religiöse Gefühl zu beleidigen, nicht gehabt hätte. Er wäre ein satirischer Zeichner, und seine Gabe, die Menschen lächlich zu zeichnen, wäre wohl geeignet, schon das Schönheitsempfinden zu beleidigen. Nicht Christus oder seine Lehre hätte er treffen wollen, als er Christus als leidenden Menschen dargestellt hätte, sondern die falsche Anwendung seiner Lehre.

Ein Gespänk zwischen Staatsanwalt und Verteidiger folgt über eine Vorstrafe des Malers wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften und über die Kenntnis oder Nichtkenntnis des Malers

von der Ausstellung einer Kopie seines Christusbildnisses auf der „proletarischen Freidenker-Ausstellung“. Es ergibt sich, daß George Grosz die Ausstellung der Kopie durch Frankenthal und Pariser, gegen die ein Verfahren schwebt, durchaus fernsteht, und daß die Vorstrafe nach Höhe und Anlaß nicht erheblich ist.

Dann kommt der Vorsitzende mit einer überraschenden Anregung. Er ist der Ansicht, daß das Reichsgericht bei der Aufhebung des Urteils die Kardinalfrage nicht entschieden hätte, ob der Tatbestand des § 166 erfordert, daß die bezurufenen Vertreter der Religionsgesellschaften sich verlesen hätten, oder ob schon die Tatsache, daß einfache Menschen sich in ihrem religiösen Gefühl verletzt fühlen, genüge. Landgerichtsdirektor Siegert regt an, bezurufene Vertreter der beiden christlichen Parteien zu hören.

Der Anklagevertreter dagegen ist restlos der Ansicht, daß aus der Reichsgerichtsentcheidung ganz klar hervorgehe, daß es für den Tatbestand des § 166 nur darauf ankomme, ob das religiöse Empfinden eines einfachen religiösen Menschen verletzt würde und ob der Zeichner mit solcher Wirkung rechnen mußte. Der Verteidiger würdigt zwar die Anregung des Vorsitzenden, hält die Anhörung von Vertretern der katholischen und protestantischen Kirche aber nicht für erforderlich. Die Regierungsentcheidung gestalte ohne weiteres den Freispruch. Wie ja gerade auf Grund dieser Entscheidung im großen Waldenburger Gotteslästerungsprozess Freispruch erfolgt wäre. Der Verteidiger meint auch auf Ausführungen der „Abein-Mainischen Zeitung“ hin, die seinerzeit für den Freispruch des Malers Grosz durchaus Verständnis gefunden hätte.

In längerer Beratung wird Vertagung beschlossen. Zur nächsten Verhandlung sollen geladen werden von den katholischen und evangelischen Religionsgesellschaften zu benennende Vertreter, dazu als Sachverständige neben Reichsanwalt Dr. Reddeloh noch Geheimrat G. Kahle. K.

## Kehrt Major Pabst zurück?

Wien, 6. Oktober.

Die Staatsanwaltschaft hat das beim Wiener Bundesgericht anhängige Verfahren gegen den früheren Bundesführer der Heimwehren, Major Waldemar Pabst, eingestellt, weil ein strafbarer Tatbestand nicht vorliegt. Wie das „Christlich-Sozial-Wieners Montagsblatt“ erzählt, wird Major Pabst schon in den nächsten Tagen nach Österreich zurückkehren. Eine diesbezügliche Entscheidung steht unmittelbar bevor.

Der frühere Handelsminister Dr. Schöber erklärte dem Herausgeber einer hiesigen Korrespondenz über die in Bildung begriffene Mittelpartei, deren Vorsitz Dr. Schöber sein wird, daß die Teilnahme der Großdeutschen Volkspartei, eines Teils der Nationalsozialisten, der Gewerbetypen, vielleicht auch des Landvolkes, zumindest in Wien, sowie von Splittterparteien des freiwirtschaftlichen Bürgerturns gesichert sei. Ferner seien nach Rundgebungen aus der Christlich-Sozialen Partei über die Unzufriedenheit mit den letzten Vorgängen auch von dieser Seite eine namhafte Anzahl Stimmen zu erwarten. Die Mittelpartei werde im ganzen Bundesgebiet aufzuziehen, aber nur dort, wo sie Aussicht auf Erfolg habe. Dr. Schöber werde zur Aufstellung des Parteiprogramms Mitte dieser Woche wieder in Wien eintreffen. In der Zeit des Wahlkampfes werde Dr. Schöber das Präsidium der Wiener Polizei seinem Stellvertreter übergeben, um sich nicht Vorwürfen der Christlich-Sozialen aussetzen zu lassen.

## Mihalake der Nachfolger Manius?

Buharest, 7. Oktober. Der König empfing gestern nachmittags den bisherigen Landwirtschaftsminister Mihalake und den bisherigen Justizminister Junian. Wobeis fand eine Besprechung der Führer der nationalen Bauernpartei statt. Manius berichtete über seine Audienz beim König und seine Bemühungen, ihn zur Annahme seiner Demission zu bewegen. Mihalake erklärte sich bereit, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen, falls ihm der König den Auftrag erteile. Alle Führer der Partei versicherten ihn ihrer vorbehaltlosen Unterstützung.

## Stahlhelmzug in Koblenz

Koblenz, 6. Oktober. Der Stahlhelmzug fand seinen Höhepunkt am Sonntag. Trotz des ungünstigen Wetters fanden sich die Bewohner von Koblenz und Umgebung zahlreich auf den Straßen ein und umfüllten den großen Exerzierplatz auf der Karlauf. 5 Flugzeuge kreisten über den Feldgrauen. Pfarrer Coeper-Koblenz hielt die Gedenkrede auf die Toten des Weltkrieges. Bundesführer Seidte führte u. a. aus: Die Entscheidung über Deutschlands Schicksal wird nicht von Parlament und Parteien getroffen werden, sondern allein von den starken und gesunden Kräften, die sich außerhalb des parlamentarischen Wirkungsfeldes in stolzeren Formen gefunden und gebildet haben. Unter diesen Kräften soll und wird der Stahlhelm in der ersten Linie stehen. — Um 16 Uhr zogen die Formationen der Stahlhelmer an ihren Führern vorbei. Der Bundesvorsitzende hatte am Sonntagabend eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Für den Stahlhelm gibt es keine Ruhe, bis endlich die Revision der Verträge durchgeführt ist. Hinweg mit der unfruchtbarsten marxistischen Diktatur in Preußen. Wer Preußen hat, hat Deutschland. Der Reichspräsident als Reichsverweser soll in Zukunft auch das Amt des preußischen Staatspräsidenten innehaben.

## Französisches Echo

C. P. Paris, 5. Oktober.

Das große Stahlhelmtreffen hat in Paris härteste Aufmerksamkeit erregt. Es ist das politische Ereignis des Tages. Die Mobilisierung am Rhein, als solche wird die Kundgebung der hunderttausend Stahlhelmente hier betrachtet. Wenngleich Redebanden über die Sonntagmittagsparade nach ausstehen, so geben doch die vorhergehenden Festlichkeiten und die Reden, die dabei gehalten wurden, dem mittraulichen französischen Interesse ein eindeutiges Bild. Die Warnungsrufe der gesamten Presse sind einheitlich. Zwar ist die unmittelbare anstehende Entscheidung im Reichsgericht, in dem, was sich

innerhalb des deutschen Staatsgebietes abspielt, unangebracht und in ihre Grenzen zu weisen. Andererseits können Forderungen wie diejenigen, die Oberleutnant Düsterberg machte, indem er verlangte, „wir vergessen nie die Deutschen von Eisaj-Bohringen!“, nicht verfehlen, den Argwohn in Paris mit erneuter Heftigkeit wachzurufen. Das gleiche gilt von Aussprüchen des Herrn Seidte, der freien Raum für Deutschland nicht nur nach Osten, sondern auch nach Westen verlangte.

„Was wird in Anbetracht dessen aus der freiwillig übernommenen Verpflichtung, die Reichsgrenzen zu achten?“ fragt der „Temps“, und wiederum sucht man in Paris die Festlegung des Reichspräsidenten mit den Worten, die aus dem Munde der Stahlhelmlöhner fielen, zu identifizieren. In einer josphitischen Beweisführung schreibt daher der „Temps“: „Das Ernsteste ist, daß der Stahlhelm, dessen Absichten jedermann kennt, öffentlich durch den Präsidenten Hindenburg gesichert wird und von den Männern, die in der Leitung der allgemeinen Politik Deutschlands offizielle Verantwortung tragen, ermutigt und gestützt wird. Wenn man die Stellung kennt, die der Stahlhelm in der Kampagne gegen die Politik des verstorbenen Stresemann einnahm, in der Bewegung gegen die Ausführung der Verträge, in der jüngsten Wahlkampagne, so kann man nur eine tiefe Ueberraschung über das Wohlwollen und die tätige Sympathie äußern gegenüber einer Vereinigung, welche kategorisch den Friedensgeist bekämpft und offen das Ziel der Parteilöcher der Hohenzollern gegen das verfassungsmäßige Regime betreibt.“

## Das Schicksal des Sächsischen Landtages

Dresden, 7. Oktober.

Die heutige Landtagssitzung begann mit einer Rede des Sozialdemokraten Edel, der sich zunächst scharf gegen die Nationalsozialisten wandte und daran erinnerte, daß Straßers Gefinnungsgenosse Dr. Dinter Straßer aus einem pöbelhaften Flachkopf bezeichnet habe. Edel wandte sich gegen die Tendenz zur Bildung einer Rechtsregierung und ebenso gegen die Taktik der Kommunisten, den Landtag aufzulösen (Zuruf: Welt ihr verliert!). Edel sprach sich gegen die Auflösung des Landtags aus, sie sei nur eine Schändung des Ansehens des Parlamentes. Während der Rede Edels war das Haus sehr unruhig. Der Präsident mußte mehrere Ordnungsrufe nach rechts und links erteilen.

## Der erste Schnee im Schwarzwald

Freiburg, 7. Oktober. Der stetige Temperaturrückgang der letzten Tage hat in den Höhen über 1000 Meter im Schwarzwald zum ersten Male Temperaturen unter Null gebracht. Auf dem Feldberg hielt sich die Temperatur um den Nullpunkt herum. Die Niederschläge fielen erstmals als Schnee und schufen eine geschlossene Schneedecke von etwa 10 Zentimeter, die infolge der Vermischung an manchen Stellen stärker ist. Das stürmische Wetter der letzten Tage hält unermindert an. Auch heute morgen sehen sich die Schneefälle fort.

• Österreichs Velleid zum Flugzeugunglück in Dresden. Der österreichische Bundesminister für Handel und Verkehr hat dem Reichsverkehrsminister aus Anlaß des Unglücksfalles der Luft-Kanfa-Maschine D 1830 in herzlichsten Worten seine Teilnahme ausgesprochen. In seinem Danktelegramm hat Reichsverkehrsminister von Guérard der Hofstadt Ausdruck gegeben, daß es der bewährten Zusammenarbeit der deutschen und der österreichischen Luftfahrt gelingen möge, in Zukunft den Luftverkehr vor demartigen Katastrophen zu bewahren.

• Wieder ein Schülerelbstmord. Ein 18jähriger auswärtiger Schüler einer Lehranstalt aus Halberstadt, hat sich aus Furcht vor der väterlichen Strafe im Physiksal der Schule mit Gas vergiftet. Der Vater des Knaben hatte vor kurzem von der Schule ein Schreiben erhalten. Der Junge war hierauf von seinem Vater gezeugt worden und magte es wahrscheinlich nicht, mit seinem schlechten Zeugnis nach Hause zu fahren.

## Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Von zeitweiligem Aufklaren abgesehen, vorwiegend wolkeiges Wetter. Winde aus nördlichen Richtungen, an Stärke abnehmend. Vorherrschend kühl, im Gebirge sehr kühl. Nur im Flachlande in den Mittagsstunden gemäßigere Temperaturen. Witterungsänderung wahrscheinlich nicht länger als 24 bis 36 Stunden vorhaltend.